

## **Schuldenhaushalt und Tumulte**

### ***Christel Wegner: Aus der niedersächsischen Dezember-Landtagssitzung***

Nach viertägigen Haushaltsberatungen beschloss der niedersächsische Landtag am vergangenen Donnerstag mit der CDU/FDP-Mehrheit den Schuldenhaushalt für das kommende Jahr. 2,3 Milliarden Nettokreditaufnahme sind eingeplant. Genau diesen Betrag hatte die Koalition bereits für das laufende Jahr im Rahmen eines Nachtragshaushalts beschlossen und will so die Folgen der Wirtschaftskrise auffangen.

"Zu viel", meint die Opposition. Grüne und SPD klagen schon vor dem Staatsgerichtshof gegen den Nachtragshaushalt, weil die Kreditaufnahme nicht den zu erwartenden Einnahmeausfällen entspreche. Auch die Verschuldung für 2010 sei zu hoch und ließe sich reduzieren. Die Partei "Die Linke" rechnet sogar einen ausgeglichenen Haushalt vor - wenn denn bundesweite Initiativen wie die Einführung einer Vermögens-, Großerben- und Börsenumsatzsteuer sowie die Anhebung der Körperschaftssteuer und eine personelle Verstärkung der Finanzämter erfolgen würden. Ein zwar kleiner aber dennoch symbolischer Beitrag beim Sparen wäre es, wenn die Ausschüsse des Landtags auf teure Auslandsreisen verzichten würden, so mein Beitrag zur Landtagsdebatte, was natürlich auf wenig Gegenliebe im Parlament stieß.

Mehr Geld gibt es in 2010 unter anderem für den Verfassungsschutz sowie für Großprojekte mit zweifelhaftem Wert. Erhöht werden die Zahlungen an die "Landsmannschaft Schlesien" und den "Bund der Vertriebenen". Und auch einen neuen Landtag will sich die Koalition leisten und dafür 45 Millionen Euro locker machen.

Gekürzt wird dafür unter anderem bei den Frauenhäusern oder bei Zuweisungen an die Kommunen. Deren Selbstverwaltung wird ohnehin ausgehebelt, wozu das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" der Berliner Koalition, das für Niedersachsen Belastungen in Höhe von 135 Millionen Euro bedeutet, sowie andere absehbare Einnahmeausfälle beitragen. Und das in einer Situation, wo die Städte und Gemeinden voraussichtlich steigende Ausgaben im Sozialbereich durch die krisenbedingten Belastungen haben.

Auch das Schulobstprogramm der EU will die CDU/FDP nicht unterstützen und versuchte, mit Taschenspielertricks den Bürokratieaufwand dafür künstlich in die Höhe zu treiben, um so das Projekt ablehnen zu können.

Mit Trickserie und Täuschung versucht die Regierung bereits seit einigen Monaten, sich den bohrenden Fragen der ParlamentarierInnen zu entledigen. Anfragen werden gerade mal mit "Ja", "Nein" oder anderen wenig aufklärenden Aussagen beantwortet. Es werden

Informationen vorenthalten und Abgeordnete provoziert.

So lassen es sich die Konservativen nicht nehmen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Linken im Landtag für die DDR verantwortlich zu machen, was zumindest die Fraktion der Linkspartei weit von sich weist und sich dabei auf die allgemeinen Umgangsformen laut Geschäftsordnung beruft. Als jüngst ein grüner Abgeordneter den Innenminister Uwe Schünemann (CDU) wegen dessen harter Haltung beim Thema Bleiberecht für Flüchtlinge im Internetdienst "Twitter" als "unerträglichen Hetzer" bezeichnete, musste die Tagung nach der Drohung des Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU), die Sitzung zu verlassen, unterbrochen werden, bis sich der Grüne entschuldigte. In einer außerordentlichen Sitzung von Ältestenrat, Präsidium und Fraktionsvorständen soll im Januar über den weiteren Umgang miteinander gesprochen werden.

Dann wird hoffentlich auch die Rolle des Parlamentspräsidenten Hermann Dinkla beleuchtet, der offenbar auf dem linken Ohr besser hört als rechts und so die provozierenden Zwischenrufe der CDU/FDP nicht oder seltener wahrnimmt als er Ordnungsrufe gegen die Opposition ausruft.

Wie gut, dass es da noch die Straße gibt. Aus Protest gegen die Bildungspolitik hatten sich Studierende in die Landtagssitzung "geschlichen" und auf der Besuchertribüne ein Plakat entrollt sowie Flugblätter in den Plenarsaal geworfen, auf denen sie eine kostenlose Bildung für alle forderten. Doch angesichts der Tumulte, die sich fast schon normalerweise zwischen den Abgeordneten abspielen, blieb das Präsidium ruhig und verhängte nicht einmal ein Hausverbot gegen die "StörerInnen". Er ist offenbar schlimmeres gewohnt.

---

### **Lesen Sie weiter:**

- Soziale Projekte fördern**
  - ▶ Rede von Christel Wegner in der Haushaltsdebatte
  - Kleine Anfrage mit Antwort
- ▶ **Beteiligung von V-Leuten an Straftaten**
  - Kleine Anfrage mit Antwort
- ▶ **Überwachung der NPD durch V-Leute des Verfassungsschutzes**

---

◀ zurück

Artikel versenden